

Krakauer Zeitung.

Nr. 258. Montag, den 10. November

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementsspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite ist die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichneten Diplome den pensionierten Major Johann Paska mit dem Ehrenworte „Ehler“ und dem Präfikte „von Polzburg“ in den Adelstand des österreichischen Kaiserstaates allgemein zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 19. October d. J. den Lehrer extra statum der böhmischen Ober-Realschule in Prag, Dr. Anton Gindely, zum außerordentlichen Professor der österreichischen Geschichte an der dortigen Universität allgemein zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. November d. J. den außerordentlichen Professor für österreichische Geschichte an der Hermannstädter Rechts-Academie, Ferdinand Sieglauer Ehren von Blumenthal, und den Adjuncten und Supplenten des römischen Rechtes und Lebentriches daselbst, Dr. Leopold Pfaff, zu ordentlichen Professoren an derselben Lehramtskraft mit den systemmäßigen Bezeugen zu ernennen geruht und zwar: den Erstern den Letzteren für die von ihm bisher versehene Fächer.

Der Staatsminister hat den Lehrer der f. f. Ober-Realschule in Lemberg, David Kolarski, in gleicher Eigenschaft an die f. f. Ober-Realschule in Spalato überzeugt.

Der Staatsminister hat den Supplenten an der f. f. Unter-Realschule in Saraz, Vincenz Buzzolić, den approbierten Lehrer-adjuncten phil. Dr. Friedrich Buckeisen und den akademischen Maler Eduard Ritter v. Wölff zu wirklichen Lehrern an der f. f. Ober-Realschule in Spalato ernannt.)

) Das vor diesen Ernennungen im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“ vom Samstag, 8. d., publicierte Kaiserliche Patent vom 4. November 1862, womit die Kandidatur von Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Österreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bucowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Grafschaft auf den 10. Dezember 1862 in ihre gesetzlichen Versammlungsorte einberufen werden (enthalten in dem, den 8. Nov. 1862 ausgegebenen XXXVI. Stück des Reichsgesetzbuches unter Nr. 79), konnten wir an dieser Stelle schon am Sonnabend mittheilen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 10. November.

Über die Stellung der europäischen Mächte zur griechischen Frage äußert sich der „Economist“: „Glücklicherweise werden die Beziehungen den Einfluss beinahe unvermeidlich machen. Russland ist nicht im Stande, einen sicheren Krieg anzufangen, wenigstens nicht, bevor seine Conscription vollendet und die neue Armee in Ordnung ist. Frankreich hat der Welt durch seine große Expedition nach Mexico Bürgschaft gegeben, England ist fast unbehindert, und Englands Pflicht und Interess liegen fast eben so klar zu Tage: sich so wenig als möglich durch Rath oder Drohung einzumischen und zu sehen, daß die anderen Mächte eben so handeln.“

Die Conferenz der Schutzmächte wegen der griechischen Angelegenheit dürfte nach den „N. N.“ zu Anfang des künftigen Monats in London zusammentreten. Das Frankreich und England in der griechischen Frage übereinstimmen, wird von allen Seiten bestätigt, und ein Rundschreiben Russells, welches von der Candidatur für den griechischen Thron Sproßlinge der Dynastie der Schutzmächte ausschließt, soll im Einvernehmen mit den Buerülen erlassen worden sein. Zur Londoner Conferenz über die griechische Frage sollen andere Mächte eingeladen werden.

Die griechische Gesandtschaft in Paris demonstriert, daß die republikanische Partei Bedeutung gewinnt und dadurch das moralische und friedliche Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung unsicher macht. Der Vicomte Delagueronnière veröffentlicht in „La France“ folgende Note: Die vorzüglichsten Mitglieder der monarchischen Partei in Griechenland wollen die Krone Sr. f. hoh. dem Erzherzog Maximilian anbieten. Die drei Schutzmächte Griechenlands, nämlich Frankreich, Russland und England haben es sich untersagt, eine Candidatur aufzustellen oder eine ihnen findet sich nicht in dieser Lage. Österreich bezüglich des adriatischen Meeres eine conservative Politik und conservativen Interessen, welche wahrscheinlich die Motive einer Combination sind, die wir nicht zu beurtheilen haben, die aber viel zu ernsthaft auftritt, um nicht schon besprochen zu werden. Diese Nachricht veranlaßte den Pariser Correspondenten der „Don. Itg.“ aufzugeben die politischen Kreise zu folgenden Bemerkungen. In der griechischen Frage geht die französische Politik dahin, weder Italien, noch England, noch Russland einen Zuwachs von Besitz oder Einfluß am andern Ufer des adriatischen Meeres und überhaupt an den türkischen Küsten zu gönnen, hingegen hat sie bei verschiedenen Gelegenheiten darnach getrachtet, Österreich in der orientalischen Frage in eine mit Frankreich

gemeinschaftliche Mittelstellung zwischen Russland und England hineinzuziehen und es an einer durchgreifenden und rationellen Lösung zu interessieren.

Man erwartet in Turin in den nächsten Tagen einen außerordentlichen Abgesandten der provisorischen Regierung zu Athen. Die Verbindung mit der griechischen Hauptstadt ist ungemein lebhaft. Die Vertreter der Turiner Regierung sprechen, schreibt man der „Don. Itg.“, von der Erwählung des Herzogs von Montferrat, dritten Sohnes Victor Emanuel's, zum König von Griechenland, wie von einer ausgemachten Sache. Dass man in Turin alles ausbieten wird, um diesen Zweck zu erreichen, Dessen kann man jedenfalls versichert sein.

Aus guter Quelle erfährt die „N. N. B.“ daß Kaiser Napoleon in der griechischen Frage sich zu Gunsten einer Candidatur des Herzogs von Leuchtenberg ausgesprochen hat. England hat sich bis jetzt noch nicht ausgesprochen. Russland aber ist gegen den Herzog von Leuchtenberg, weil es sich durch die Stipulationen des Londoner Vertrages gebunden fühlt. Nach diesen sollte bekanntlich kein Prinz aus einer der Dynastien der Garantie-Mächte den griechischen Thron bestiegen; der Herzog von Leuchtenberg aber gehört zum kais. russ. Hause als Fürst Romanowski und hat darum den Titel Kaiserl. Hoheit. Freiheit ist der junge Fürst eigentlich doch kein Holstein-Romanow, sondern eben ein Beauharnais, er könnte im Notfall die Tirol und Würden, welche ihm der Kaiser Nikolaus, sein Großvater mütterlicherseits, verliehen, wieder ablegen und dadurch, ohne die Stipulation zu verletzen, fähig werden, den griechischen Thron zu besteigen.

Die Reihe der Candidaten für den Thron von Griechenland beginnt sich zu lichten — sagt ein Pariser Correspondent der „Ost.-Post.“ England würde dem Prinzen Alfred die Annahme einer Wahl nicht gestatten; überdies hat dieser Prinz selbst erklärt, daß er noch der griechischen Krone nicht trachte. Die Candidatur des Fürsten von Leuchtenberg wird von England nie acceptirt werden, Frankreich aber will die Ernennung eines Sohnes von Victor Emanuel nicht zulassen. Was den Grafen von Flandern betrifft, kann ich Ihnen ankündigen, daß in wenigen Tagen der belgische „Moniteur“ erklären wird, der Graf von Flandern könne nicht als Candidat aufgestellt werden, weil er in keinem Falle annehmen würde. Was den Fürsten Ospitali anbelangt, so kann an ihn nicht gedacht werden, obgleich die Griechen nicht vergessen haben, was seine Oheime Alexander, Demetrius, Georg, und Nicolaus Ospitali für ihn Vaterland gethan haben. Die hervorragenden Familien des Peloponnes, die Nachkommen der Helden des Unabhängigkeitskriegs und der fanariotischen Adel würden auch einem Ospitali den Rang streitig machen. Endlich ist es wahr, daß eine griechische Deputation Garibaldi die Präsidentschaft der hellenischen Republik angetragen hat. Garibaldi hat verständiger Weise gedankt und abgelehnt, und nur die Zusage ertheilt, er werde bereit sein nach Griechenland zu kommen, wenn man seiner bedürfe, um die Türken zu bekämpfen.

Von der Proclamation des Königs Otto sagt das Journal des Debats, daß man in Frankreich, dem Lande, welches Zeuge von so vielen ähnlichen Katastrophen gewesen, diesem mit so viel Ruhe und Entzagung, mit so viel Sanftmut und wahrer Würde angenommenen und ertragenen Königlichen Unglück ein Wort der Sympathie nicht versagen könne.

An eine Schilderung der jüngsten Ereignisse in Griechenland, welche der Moniteur enthält, knüpft die Allg. Zeitung die Bemerkung, daß selbst die revolutionären Blätter nicht im Stande gewesen sind, auch nur eine positive Anklage gegen den König Otto zu erheben. Bloß ein Übermaß von Güte lasse sich nachweisen, indem die Begnadigten von Nauplia abermals die Träger der Revolution gewesen und der Zusammenhang beider Ereignisse jetzt außer Zweifel sei.

Vor John und Drouyn de Lhuys haben sich, wie man der Ost.-Post aus Paris schreibt, entschlossen, den griechischen Krater eine Zeit lang auszubrennen zu lassen. Man wird das Land in seinen inneren Bewegungen nicht föhlen und nur die Fortpflanzung derselben nach Augen nicht dulden. Nicht wer König sein wird, ist die nächste Frage, sondern ob Griechenland überhaupt einen König haben soll, darüber herrschen Zweifel und in dieser Richtung beginnt man ein Amending zu hören, das eine Rolle in der nächsten Zukunft zu spielen berufen ist: Es hat factisch aufgerufen ein Königreich zu sein. Europa wird die neue Ordnung der Dinge, wenn sie sich dort consolidirt, anuerkennen haben. Zunächst lasse man es als Republik ohne Widerrede fortbestehen. Erweist sich diese

unhaltbar, will die Nation durchaus zu der Wahl eines erblichen Oberhauptes schreiten, dann mag es sich seinen Fürsten wählen. Das Fürstenthum Griechenland mag den Rang einnehmen, der seiner Volkszahl und körperlichen Reichsmittel zukommt. Es wisse daß Europa kein Großgriechenland zugestehen will, und mit dem in Schranken gehaltenen Ehrgeize wird auch die Unruhe sich allmälig legen, die der königliche Titel dem kleinen Lande eingeimpft.

Der „Constitutionnel“ sagt in einem von seinem Chef-Redakteur unterzeichneten Artikel: Frankreich hat keinen Candidaten für den griechischen Thron und seine Uneigennützigkeit ist vollständig. Es hat nur auf das allgemeine Interesse Rücksicht zu nehmen und dadurch ist es in einer so günstigen Stellung, sowohl Griechenland als seinen Verbündeten gegenüber. Das ist der Vortheil unserer Politik, daß sie das größte Vertrauen verdient, weil sie die uneigennützigste ist.

Die Türkei ist, schreibt man der „Schles. Itg.“ über die Insurrection in Griechenland, die glücklicherweise nach der vorläufigen Eroberung der serbischen und montenegrinischen Wirren ausbrach, nicht sehr beunruhigt und wird sich darüber in einem Rundschreiben aussprechen. Man weiß in Constantinopel sehr wohl, daß die Mächte das Prinzip der Nichtintervention anerkennen, aber so lange, als die Griechen selbst nicht über ihre Grenzen hinaus intervenieren. Die orientalische Frage will jetzt nicht einmal Russland, das noch immer auf anderen Punkten tief beschäftigt und verwickelt ist, eröffnet wissen. Den russischen Protest wegen Montenegro's hat die Türkei, dem Vernehmen nach, zurückgewiesen.

Über den Weg, welchen Drouyn de Lhuys jetzt in der italienischen Angelegenheit betreten hat, sagt die „Wien. B.“: Es ist keine Frage, daß diese neue Wendung der Dinge zu bedeutenden Kämpfen im sog. italienischen Parlamente und zu großen Schwierigkeiten für das Ministerium führen wird. Herr Drouyn de Lhuys findet, daß die Einheit Italiens dem Interesse von 200 Millionen Katholiken gegenüber doch nur ein secundäres Interesse ist.

Das der italienische Gesandte persönlich gegen eine Zeitung in die Schranken getreten ist macht in der Pariser diplomatischen Welt großes Aufsehen. Man findet allgemein, daß Hr. Nigra sich arg blamiert hat. Der jugendliche Diplomat hat auch bereits eine Abserzung von der „France“ erhalten. Dieselbe sagt: „Die Circulardepeche des General Durando ist eine wäre, an Frankreich gerichtete Aufforderung, Rom zu räumen. Welches ist heute die Situation? Eine Thür muss offen oder zu sein; die Depeche des General Durando muß aufrecht erhalten oder zurückgezogen werden, das Cabinet des Hrn. Ratazzi muß deren Consequenzen kühn verfolgen oder es muß deren Übertreibungen und Unmöglichkeiten sehr bedauern.“ Das letztere ist auch, trotz der Erklärung Nigra's in der That getrieben, wenn auch nicht in formeller und offizieller Weise.

Das Rundschreiben des Hrn. Durando, bemerkte die „Opinione“, kam nur zur ungelegenen Zeit, aber es enthielt keine Bekleidung für Frankreich. Folglich konnte Commandeur Nigra nicht beauftragt sein, Frankreich um Entschuldigung zu bitten. Die France wird eine freundliche Erklärung zwischen dem französischen Minister des Auswärtigen und dem italienischen Gesandten für eine Entschuldigung genommen haben, und diese Erklärung wird zum Zweck gehabt haben, den ungünstigen Eindruck, den das Circular vom 10. September hervorgebracht hatte, zu verwischen und die Mittel vorzubereiten, um die Absichten der kaiserlichen Regierung kennen zu lernen.

Die Stampa wollte „wissen“, daß die Turiner Regierung eine zweite Note bezüglich Roms nach Paris gesendet habe. Diesem gegenüber behauptet die Monarchia Nazionale, daß nach dem Circular des Ministers Durando durchaus keine weitere schriftliche Auseinandersetzung von Seite des Turiner Cabinets erfolgt sei; höchstens könnten mündliche Ausklärungen über die Ersetzung des Herrn Thouvenel durch Herrn Drouyn de Lhuys verlangt worden sein.

Man spricht seit einigen Tagen von Vorschlägen, die das Pariser Cabinet in Rom oder in Turin gemacht habe. Wenn die „Nationalité“ gut unterrichtet sind, würden sie in Betreff Roms gemachten Vorschläge folgende sein: die weltliche Administration soll der Municipalität übertragen und Rom als eine neutrale Stadt erklärt werden; doch soll sie gleichzeitig die Residenz eines italienischen Gouverneurs und des der Sorgen jeder weltlichen Administration entbundenen Papstes werden. Letzterem, so wie dem heiligen Collegium würden eine angemessene Pension bewilligt. Einen

anderen und letzten Punkt glauben die „Nationalité“ vorläufig noch nicht angeben zu sollen.

In Turin will man am 2. d. einen hochgestellten Geistlichen in einer halbstündigen Privataudienz bei Ratazzi bemerkt haben. Der Geistliche soll der Erzbischof von Genua, Mr. Charnaz gewesen sein, der unlängst bei Gelegenheit der Einsegnung der Ehe der Königin von Portugal die höchste Auszeichnung, nämlich den Orden der h. Annunziata, erhalten hat. Der Erzbischof soll in Civilkleidung gewesen, aber doch sofort erkannt worden sein. In politischen Kreisen legt man nach der „Schles. Itg.“ die Conferenz eine hohe Bedeutung bei, umso mehr da Ratazzi wegen seiner höchst freigeistigen Ansichten bei der Geistlichkeit in sehr schlechtem Ruf steht. Wenn der Erzbischof, der einer der wenigen italien. Kirchenfürsten ist, welcher der Sache Victor Emanuels einigermaßen zugewandt ist, einen solchen Schritt bei Ratazzi wirklich gethan hat, so geschah es wahrscheinlich, um leichter zu einigen Concessioen aus eigenem Antriebe zu bestimmen: denn es ist kaum denkbar, daß der Papst den Erzbischof veranlaßt haben sollte, einen Schritt zum Ausgleich mit der ital. Regierung zu versuchen, da Pius IX. noch vor wenigen Tagen aufs energischste dem General Montebello erklärt hat, daß er von einer Versöhnung mit Victor Emanuel nichts hören wolle, bis sämtliche ihm geraubten Provinzen zurückgestellt seien. Auf welcher Basis der Erzbischof von Genua nun einen Ausgleich zu Stande bringen möchte, ist natürlich heute noch ein Rätsel.

Die „Armonia“ zieht aus den griechischen Vorgängen folgende Moral für die dem Papste so oft angebotenen Garantien: „Das Königreich Griechenland und die Königswürde Otto's waren durch die Großmächte England, Frankreich und Russland garantiert. Zu was diente diese Garantie? Man stellt nun das Prinzip der Nichteinmischung auf. Die Lage ist daher einfach folgende: Europa garantirt, und wenn die garantirte Sache verloren geht, so erklärt Europa, daß es sich nicht einmischen wird. In zwei Worten: Europa garantirt, daß es Nichts garantirt. Das ungefähr bot man auch dem heiligen Vater an, und die „France“ wundert sich, daß der Papst dieses Versöhnungsmittel nicht annahm!“

Wie die Schles. Itg. aus Kopenhagen erfährt, will man dort darauf hinwirken, daß das schwedische Cabinet, welchem die lezte englische Depeche nicht mitgetheilt worden ist, einen Protest dagegen einlege und sich beschwere, bei so wichtigen Vorschlägen nicht auch gehört zu werden. Die Russellsche Depeche hat, nach allen Nachrichten zu schließen, aus dem Grunde so großes Aufsehen erregt, weil der Minister Hall immer so sehr viel von den auswärtigen Cabinetten zu rühmen wußte und wie sehr es ihm gelungen sei, diese für Dänemarks Ansichten zu stimmen; auf einmal erscheint aber ein Actenstück, welches geradezu das Gegentheil an den Tag legt, so daß Dänemark gewissermaßen als isoliert dasteht. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß man einen weiteren Fortschritt in der Sache erwarten darf, als den, die Ansprüche der deutschen Seite aufs Neue anerkannt zu haben.

Das dänische „Dagblad“ beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Lage Dänemarks und des deutsch-dänischen Streites. Es klagt stark über die wie aus den Wolken gefallene Depeche Graf Russells vom 24. September und bestreitet, daß Seitens Russlands und Frankreichs identische Schritte gethan seien, wenn auch beide Mächte die Depeche zu erster Prüfung empfohlen hätten. „Dagblad“ nimmt an, daß nächstens „ernste Maßregeln“ Seitens des Ministeriums an den Tag treten werden, da das, was sie verzögert, die Abwesenheit des Königs, nun nicht mehr statuisse.

Die Protestation Russlands in der montenegrinischen Angelegenheit und der darauf stattgefundenen Notenwechsel zwischen Lord Russell und dem Fürsten Gortschakoff hat, wie der Pr. aus Petersburg berichtet wird, auch seitens des dortigen Postengesandten die Überreichung einer Note an den Fürsten Gortschakoff zur Folge gehabt, in welcher die vom russischen Premier vorgebrachten Beschwerden theils als unbegründet, theils als nicht stichhaltig zurückgewiesen werden. Der Repräsentant der Postort hebt namentlich hervor, daß der Sultan, abgesehen davon, daß Montenegro überhaupt durchaus keinen Gegenstand des Pariser Vertrages bilde, den betreffenden Mächten wohl die Aufrechterhaltung des status quo in Montenegro „in Bezug auf die innere Administration und die territorialen Grenzbestimmungen“ zugesagt, zugleich aber auch den Mächten umwunden erklärt habe, die Postort sei nun mehr (nachdem Montenegro das Ultimatum zurückgewiesen hatte) gezwungen, sich für die Zukunft „Gaz-

rantien" zu verschaffen. Die Pforten-Regierung habe somit ihr Engagement nicht verlegt, und durch die in Folge des Krieges erlangte Stipulation zur Errichtung von Blockhäusern nur jene Garantie in Anspruch genommen, die nach so vielen Opfern unerlässlich würde.

Der „Temps“ wirft die Frage auf, was daraus werden sollte, falls die Franzosen wirklich bis zur Hauptstadt Mexico's gelangten und durch ihre Hilfe eine neue Regierung eingestellt würde. Der bleibende Aufenthalt im Lande habe sich als zu kostspielig und wohl auch als unausführbar erwiesen. Wenn aber nach der Heimkehr der Franzosen die alte Regierung wieder eintrate, würden diese ihren Kreuzzug erneuern?

Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 7. d. wurden in der Fortsetzung der Spezialdebatte über das Uebereinkommen zwischen der Staatsverwaltung und der Bank in Folge der gestern gestellten und heute noch beleuchteten Anträge Kromer und der vom Berichterstatter Herbst gegebenen Aussonderungen nach Ablehnung der Anträge Kromer die §§. 4 und 5 des Uebereinkommens nach der Fassung des Ausschusstantrages, von Herbst amendirt, angenommen.

Zu §. 6 (Nichtverzinsung der durch Staatsgüter gedeckten Schuld; Aufrechterhaltung des Uebereinkommens vom October 1855 bezüglich der Veräußerung dieser Güter; vollständige Tilgung dieser Schuld bis Ende 1866) spricht Ryger und beantragt, daß der Staatsverwaltung vorbehalten werde, die Staatschuld an die Bank auch in grösseren und früheren Raten, als §. 6 bestimmt, abzutragen, und sobald diese Schuld abgetragen ist, auch sofort die Wiederaufnahme der Barzahlungen von Seite der Bank zu fordern. §. 6 wird mit einer Modification Herbst angenommen, der Antrag Ryger abgelehnt. §. 7 handelt von der Veräußerung der im Eigentum der Bank befindlichen Effecten. (Angenommen.) §. 8 bestimmt die Verwendung der durch diese Veräußerungen und durch Rückzahlungen des Staates an die Bank gelangenden Beträge. Skene beantragt hierzu, daß die Hälfte der durch die Rückzahlungen des Staates eingehenden Beträge zur Einziehung von unbekleideten Noten verwendet werde; die andere Hälfte, so wie der aus dem Effectenverkaufe erzielte Erlös, könne die Bank zur statutenmässigen Creditgewährung verwenden; die statutengemäss Bebedlung der Noten muß bis Ende 1866 vollzogen sein. (Schluss und Resultat der Debatte haben wir schon Sonnabends gemeldet.)

Wie man der „Prager Btg.“ schreibt, ist die Regierung bereits in dem Falle gewesen, die positive Ueberzeugung zu gewinnen, daß der grosse Bankauschuß die vom Abgeordnetenhaus für das Bankkredit- u. einkommen gestellten Bedingungen zu acceptiren sich nicht für befugt erachtet, daß er sie aber einer Generalversammlung der Bankaktionäre zu unterbreiten Willens sei.

Österreichische Monarchie.

Wien, 9. November. Sc. f. f. Apostolische Majestät geruhet vorgestern im Laufe des Vormittags zahlreiche Privataudienzen zu ertheilen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem hiesigen katholischen Gesellenvereine auch für dieses Jahr eine allernädigste Unterstützung von 100 fl. fulldollst zu bewilligen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben der Ortsgemeinde Reichenau in Niederösterreich zum Baue eines Armenhauses in Payerbach einen Beitrag von 200 fl. allernädigst zuzugeben geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben allernädigst angeordnet, daß der Marburger Stadtrepräsentanz für die überreichte Glückwunschgärtresse in Allerhöchstsein und Ihrer Majestät der Kaiserin Namen die dankende Anerkennung ausgedrückt werde.

Ihre E. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie haben für die Armen des Salzkammergutes ohne Unterschied der Confession 462 fl. gnädigst gespendet.

Se. E. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem Wiener Wohltätigkeits-Vereine für Hausarme den Betrag von 400 fl. für den Monat November zur Vertheilung an würdige Hausarmee gespendet.

Ihre Exzellenz Frau Gräfin Theresia v. Hoyos-Springenstein, f. f. Feldmarschall-Lieutenant-Wittwe, ist am 7. d. um 1/2 Uhr früh gestorben.

Die Frau Gräfin Gabriele Karnicka ist gestern hier gestorben.

Die neue Organisation der Cavallerie betreffend, wurde noch angeordnet, daß im Frieden bei der leichtesten Cavallerie der Oberstleutnant und der Major je eine Division zu drei Escadrons, bei der schweren Cavallerie der Oberstleutnant eine Division zu drei, der Major eine solche zu zwei Escadrons zu commandiren habe. In der Kriegsformation commandirt bei der leichten Cavallerie der Oberstleutnant eine Division zu drei und der Major zu zwei Escadrons. Bei der schweren Cavallerie commandiren beide je eine Division zu zwei Escadrons. Es wurde ferner noch bestimmt, daß die tactischen Übungen sowohl in Divisionen als im Regiment stets in der Kriegsformation vorzunehmen seien.

Feldzeugmeister Graf Guylai ist in Pesth eingetroffen, und wird dort einige Wochen verweilen.

Mit dem am 7. d. fälligen Evante-Dampfer sind aberwals Flüchtlinge aus Griechenland in Triest eingetroffen.

Die „Gazz. di Venezia“ meldet, daß sich H. M. Baron Eulóz seit einigen Tagen besser befindet.

Ueber den telegraphisch erwähnten Conflict an der österreichisch-piemontesischen Grenze bemerkten

wir, sagt die Wiener Btg., vorläufig, daß die „Discusione“ zugibt, die piemontesischen Jäger hätten zuerst auf die Österreicher geschossen; nach einigen Flintenschüssen sei es dann unter Verleugnung des Gebietes zu einem Handgemenge gekommen. Es verdient gewiß nur noch Erwähnung, daß die „Köln. Btg.“ heute schon in dem Vorfall ein Zeugnis für „die steigende Erbitterung der italienischen Armee“ erblickt. Vielleicht hat die „A. B.“ nachträglich die kleine Gefälligkeit uns zu unterrichten, wer diese steigende Erbitterung verschuldet.

Deutschland.

Die Situation Preußens geschildert gegenwärtig die „Schles. B.“ in folgender Weise: Wir befinden uns in einem politischen Zustande, wie er kaum irgendwo je dagewesen ist: es ist kein Staatsstreich begangen, keine Oktopurierung erfolgt, keine verfassungsmäßige Garantie ganz oder zeitweise aufgehoben, und doch möchte die „Weier B.“ fast Recht haben, wenn sie von einer Suspension der Verfassung seit dem Schlusse der Session redet, ohne daß gleichwohl der Act einer solchen Suspension, sondern nur die nackte Thatsache des budgetlosen Zustandes vorliegt, welcher nach der Verwerfung des Budgets durch den einen vierzu competenten Gesetzgebungs faktor ein verfassungswidriger genannt werden kann. Was die Regierung betrifft, so hegt sie — möge sie nun darüber in Rücksicht besangen sein oder nicht — die Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, den ausgebrochenen Conflict in nächster Session in verfassungsmäßigem Wege zu beenden.

Wie die „S. C.“ aus guter Quelle vernimmt, wird in den nächsten Tagen in Berlin eine Erklärung der kürzesten Regierung übergeben werden, durch welche der Beitritt zum preußisch-französischen Handelsvertrage abgelehnt wird, falls nicht alle Zollvereinsregierungen denselben annehmen. Zugleich weist die kürzesten Regierung auf die Nothwendigkeit von Verhandlungen mit Österreich mit Bezug auf die nächsten Session vorbereitet.

Der Staatsminister Graf Schwerin in Berlin veröffentlicht eine durch einen Angriff provozierte Erklärung über sein Präsidium in der vertraulichen Sitzung vom 12. October. Er sagt darin, er halte die Stellung der Majorität gegen die Heeres-Organisation für einen verhängnisvollen Fehler; aber das Abgeordnetenhaus habe sich mit seinen Beschlüssen innerhalb der Grenze seines verfassungsmäßigen Rechts gehalten.

Der neue französische Gesandte, Herr v. Vallérand, ist in Berlin eingetroffen.

Als ersten Legations-Secretär soll er sich nach der „Köln. Zeitung“ denselben, der in Brüssel sein Vertrauen zu gewinnen wußte, erbeten haben. Man bestätigt, daß sein jüngeres Alter und seine bisherige Stellung ihn für jetzt noch nicht zum Botschafter geeignet erscheinen ließen.

Einige sind sogar der Ansicht, er dürfte nur den Uebergang vermittelnd und später durch Herren v. Lavalette, der dann Botschafter in Berlin würde, ersetzt werden.

Sonst heißt es auch noch in den Gesprächen, Herr von Bismarck werde die diplomatischen Ernennungen so einrichten, daß ihm später nötigenfalls die Botschaft in Paris gesichert bliebe, was mit der sonst verbreiteten und auch von der „A. B.“ erwähnten Annahme, nach welcher Graf Holtz vorerst als Gesandter für Paris bezeichnet wird, nicht recht übereinstimmt.

Die große Veränderung des Personalwechsels im diplomatischen Corps wird, schreibt man dem „Vaterland“ aus Berlin, nach der Rückkehr des

Präfes von den Jagden in Lekkingen, wo auch Herr v. Bismarck von Paris aus eingetroffen ist, stattfinden. Bis jetzt gibt es nur einzelne Diplomaten, von denen man mit Sicherheit die nächste Bestimmung angeben kann. Nach Paris kommt, aber zunächst nicht als Botschafter, Graf Robert v. d. Goltz, bisher Gesandter in Constantinopel, ein freier Junggesell, streng conservativ, aber eine Zeitlang in der Opposition, weil mit Mantuafel in Zwitslant gerathen. Man sprach auch von dem Oberstallmeister, General-Lieutenant v. Wilh. Lisen, als Gesandten in Paris, es gab sich aber darin nur der Wunsch kund, ihn von hier fort und natürlich aus dem Oberstallmeister-Departement zu entfernen. Sein Bruder war der gelehrte Taciter, welcher die Schlacht bei Jostedt gegen die Dänen verlor.

Nach Athen kommt Graf Gustav Brandenburg, bisher erster Botschaftsrath in London. Es ist das der dritte Sohn des Minister-Präsidenten Grafen Friedrich Wilhelm von Brandenburg, dessen Erzstandbild seit dem Mai dieses Jahres auf dem Leipziger Platz steht. Graf Brandenburg war ein Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., nicht ein natürlicher Sohn, sondern aus einer ungleichen, aber kirchlich geschlossenen Ehe des Königs mit einer Gräfin Dönhoff. Die verstorbene Herzogin Julie von Anhalt-Köthen war des Grafen Brandenburg Schwester. Es fällt auf, daß die drei Grafen Brandenburg, also drei Königs-Enkel, bis her unvermählt geblieben sind, denn auch der Jüngste ist bereits einige vierzig Jahre. An Graf Brandenburg's Stelle kommt Herr v. Katte, der bisher in Rom war, aus bekannter altmärkischer Familie.

Die „A. B.“ schreibt unter Berlin: Das in der Presse umlaufende Gerücht von einer gleichzeitigen Hierherberfung der königl. Gesandten bei den verschiedenen deutschen Regierungen ist aus der Lust geschaffen.

Es ist nach der Schl. Btg. noch ungewiß, ob Legationsrat Graf Gustav von Brandenburg, bisher in London, unter den jetzigen Umständen nach Athen geht, wohin er designirt worden war. Man wird einst-

weilen, falls der Aufstand nicht allzuschlimme Dimensionen annimmt, den bisherigen Geschäftsträger dort belassen können, der sich in den leichten critischen Lagen sehr besonnen benommen haben soll.

Die Nachricht, daß dem Domscholastikus, Professor Dr. Balzer, vom heil. Vater die bestimmte Weisung zugegangen sei, von seiner Professor zu abdicieren, wird in den Kölnischen Blättern bestimmt in Abrede gestellt und hinzugesetzt, daß in einer in jüngster Zeit von Rom an Professor Balzer ergangenen Mittheilung eine derartige Weisung nicht enthalten sei.

Der „Dziennik pognaciski“ vom 5. d. ist polizeilich mit Beschlag belegt wegen eines die Vorbereitung der polnischen Erhebung betreffenden Leitartikels.

König Ludwig ist am 5. Abends aus Rom in München eingetroffen.

Gutem Vernehmen der „Don. Btg.“ nach wird der am Münchener und kais. österreichischen Hofe beigeübte kön. griechische Gesandte, Frhr. v. Sina, in kurzer Zeit in München eintreffen, um Ihren Majestäten dem König und der Königin von Griechenland seine Aufwartung zu machen. Es wäre Dies von Seite des Frhns. v. Sina bereits in Benedig geschehen, wenn ihm bei seinem schon länger andauernden Unwohlsein der Arzt das Reisen gestattet hätte. Hiermit findet ein in der „Südd. Btg.“ enthaltener, die Gesinnung des kön. Gesandten verdächtiger Correspondenzartikel von selbst seine Widerlegung. Der darin genannte Fürst Opifanti ist übrigens noch nicht Schwiegersohn des Frhns. v. Sina.

Aus Frankfurt wird geschrieben: „Der Ausschuß, welches die Bundesversammlung den Antrag auf Einberufung der Delegiertenversammlung zur Prüfung und Berichterstattung zugewiesen, hat seit der Wiederaufnahme der Bundestagssitzungen bereits mehrere Beratungen gehabt. Eine Entschließung ist noch nicht erfolgt, und noch ist nicht festgestellt, ob die Ausschüsse der Delegiertenversammlung die Einberufung der Delegiertenversammlung genehmigen werden.“

Frankreich.

Paris, 5. November. Auf Verfügung des Untersekretärs vom 4. d. soll an den drei Medicin-Fakultäten des Reichs (Paris, Straßburg und Montpellier) die zum 5. Doctorats-Examen geforderte schriftliche Arbeit fortan in französischer Sprache verfaßt sein können, da die bisher dabei obligatorisch gewesene Anwendung der lateinischen Sprache „den ewigen Charakter der Nützlichkeit verloren“ habe, seit das wissenschaftliche Baccalaureat vorbedingung zum Eintritt in's Studium der Medicin geworden sei. — Der Gouverneur der französischen Niederlassungen in Indien hat jedem Indier, der auf seinen Gütern Baumwolle anpflanzt, die Steuerfreiheit bewilligt. — Man spricht neuerdings von einer französischen Anleihe für den Monat Februar.

Großbritannien.

London, 4. November. Die letzte Nummer der London Gazette meldet: „In einer zu Osborne House auf der Insel Wight am 1. November 1862 stattgehabten Sitzung des geheimen Rathes geruhte Ihre Majestät, ihre Einwilligung zu einem Ehe-Contracte zwischen Sr. königl. Hoheit Albert Eduard, Prinzen von Wales, Herzog von Sachsen, und Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Alexandra Caroline Maria Charlotte Louise Julia, Tochter des Prinzen Christian von Dänemark, zu geben, und ferner zu versuchen, daß diese Einwilligung unter dem großen Siegel kund gesetzt werde.“ Der Besuch der Prinzessin ist auf Mitte dieses Monats angekündigt. Sie kommt wahrscheinlich in Gesellschaft ihrer Eltern und des Prinzen und der Prinzessin Ludwigs von Hessen herüber. In der vorerwähnten Geheimratssitzung ward außerdem das vorläufig bis zum 13. Nov. protogierte Parlament bis zum 14. Januar weiter prorogiert. — Es taucht von Neuem das Gerücht auf, daß der hiesige französische Gesandte, Graf Flaubert, sich in den Ruhestand zurückziehen werde, und unter seinen mutmaßlichen Nachfolgern wird abermals Graf Persigny genannt; neben diesem M. Lavalette und der Gesandten in Constantinopel, Marquis de Moustier. Ein anderes Gerücht spricht von der nothwendigen Rückkehr Lord Elgins aus Indien; seine Gesundheit soll dort sehr gelitten haben. Der Herzog von Argyll soll an dessen Stelle den Posten eines Generalgouverneurs von Indien übernehmen. — Die Ernennung Sir Charles Trevelyan's zum Conseilsmitglied des Generalgouverneurs von Indien hat die Bestätigung der Königin erhalten. — Es ist die Rede davon, daß der Graf von Cowley und vielleicht sogar Herr Drouyn de Lhuys demnächst zum Besuch hierher kommen würden, um sich mit Lord Palmerston und Lord Russell persönlich über die italienische und griechische Frage zu verständigen.

Die Preisvertheilung für die hiesige Industrieausstellung soll erst im Monat Januar gleichzeitig in London und in Paris stattfinden. Im Ausstellungsgebäude hat mit dem 3. d. das Einpacken allen Ernstes begonnen. Theile aus Neugierde und Gewohnheit, die hiesigen Kaufleute und Handelskammer beschäftigt sich sehr eifrig mit den von Cobden un längst angeregten Seerechtsfragen und hat über den Gegenstand ein Specialcomis eingefestigt. Hauptmotiv sind die von dem südstaatlichen Dampfer Alabama jüngst angerichteten Verherren gen, denn die meisten Schiffe, die der Alabama verbrannte, hatten englisches Eigentum am Bord. — Am 3. d. Abend kam hier eine neue englische Oper von Wallace, „Love's Triumph“ mit triumph zur Aufführung. — Die Edinburger Universität befindet sich gegenwärtig in einer Verlegenheit. Es hat sich nämlich eine junge vermögende englische Dame aus gutem Hause gemeldet, die die regelrechte Medizin studiren will. Einige von den Pro-

fessoren schrieben sie bereitwillig auf ihre Zubriderlisten und finden es höchst wünschenswert, daß Frauen sich dem ärztlichen Stande widmen, während andere manigfache Bedenken gegen ein gemischtes Collegium aussprechen, zumal im medizinischen Cursus, wo es den Professoren zuweilen schwer werden könnte, ihren Vortrag für eine aus beiden Geschlechtern gemischte Zuhörerschaft passend einzurichten. Eine entgültige Entscheidung ist zur Stunde noch nicht erfolgt, und noch fragt es sich, ob dem Buchstaben der Statuten zu folge, die Hochschule überhaupt das Recht habe, weibliche Schülerinnen abzuweisen. — Gegen Michaelis 1861 ist Michaelis 1862 die Zahl der Armen (paupers) um 135.407 gestiegen, und von diesen kommen allein 121.492 auf Lancashire und Cheshire.

Als ein Beispiel, welche Mittel die Presse in England anwendet, um wichtige, selbst in einer fernern Gegend gehaltene Reden schnell mitzuteilen, erzählte der „Daily Telegraph“ vom 31. October folgendes: Unsere Leser werden gestern Morgen in unserem Blatte die von Hrn. Cobden vorgestern Abend in Rochdale gehaltene Rede gelesen haben; wenig wissen aber, welche Hilfsmittel die Presse Londons gebraucht hat, um diese Rede so schnell wiedergeben zu können. Mittwoch Morgen sandte sie einen Stab von Stenographen von London ab, und zur bestimmten Stunde nahmen diese im Lokal des Meetings ihre Plätze ein. Zehn Minuten vor 8 Uhr Abends begann Hr. Cobden seine Rede und sprach bis 10 Minuten vor 10 Uhr. Die Stenographen hatten sie wörtlich niedergeschrieben und begaben sich unmittelbar nach Schluss derselben eiligst nach dem Bahnhof, um noch den Zug nach Manchester zu erreichen, und benutzten die Zeit während der Fahrt zur Übersetzung eines Theils ihrer Stenographischen Niederschrift. Die Fahrt nach Manchester war nämlich deshalb notwendig, weil zwischen Rochdale und London keine direkte telegraphische Verbindung besteht. Es war nahezu 11 Uhr, als die Stenographen in Manchester die Bureau der allgemeinen Telegraphen-Gesellschaft erreichten, wo sie sowohl als die Telegraphenbeamten sofort ihre Thätigkeit begannen, da die Gesellschaft ihre drei Drähte der Presse zur Disposition gestellt hatte. Gestern Morgen um 3 Uhr befand sich die ganze Rede im Bureau des „Daily Telegraph“ und eine Stunde später begann bereits der Druck, welcher 40.000 Abzüge pr. Stunde lieferte. So konnte man gestern Morgen kurz nach 4 Uhr eine zweistündige Rede gedruckt lesen, welche am Abend vorher in einer 160 Meilen von London entfernten Stadt gehalten wurde.

Italien.

Aus Mailand, 4. d., schreibt man dem „B.“: Dumpfe beunruhigende Gerüchte über die Entdeckung einer großen gegen das Leben des Königs gerichteten Verschwörung durchkreuzen die Stadt. Heute Früh sollte nämlich der König hier eintreffen und Revue über die gefaßte Garnison und Nationalgarde abschreiten. In Folge einer vom hiesigen Präfekt nach Turin gesendeten telegraphischen Depesche unterblieb die Ankunft. Wie man sich nun erzählt, soll die Polizei einem Complotte auf die Spur gekommen sein, welches nach Beseitigung des Königs die Instansierung der Revolution beabsichtigte. Thatache ist, daß in den letzten zwei Nächten über 200 Personen aller Gesellschaftsklassen verhaftet wurden und die Ankunft des Königs unterblieb.

Der König Victor Emanuel ist zu einer großen Truppenrevue am 6. November in Mailand eingetroffen.

Die „Perseveranza“ spricht von einer Modificazion, der zu Folge Lamarmora in's Ministerium treten würde.

Der „Triest. Btg.“ schreibt man aus Turin: Die Frage betreffs Verlegung der provisorischen Hauptstadt nach Neapel oder nach Florenz oder gar nach Perugia, wie Einige wollen, so schüchten sie auch in ihren Anfängen auftrat, tritt immer entschiedener in den Vordergrund — und wenn noch bis jetzt kein einziges ministerielles Journal entschieden für die Verlegung sich aussprach, so ist dennoch nicht zu leugnen, daß dieselbe im Gabinett Freunde hat. In der Kammer könnte sogar das Principe der Nothwendigkeit einer Verlegung anerkannt werden, doch würde man sich in Betreff der Stadt schwerlich einigen können.

Der Turiner Correspondent der „Sch. C.“ berichtet unterm 5. d., daß der Oberst Cattabeni (derselbe, dessen Name durch den Bankdiebstahl in Genua bekannt wurde) sich mit einigen hundert Freiwilligen demnächst nach Griechenland einstiften wird. Die piemontesische Regierung hat für diese Expedition einen Dampfer der Gesellschaft Rubattino gemietet und versieht einen jeden Theilnehmer an der Expedition mit einer Freikarte und einer kleinen Summe Geldes.

Garibaldi soll dem Dr. Nelson geschrieben und bei demselben angefragt haben, ob er in zwei oder drei Monaten sich nach England oder gar nach Amerika begeben könne. Der berühmte Arzt hat bejahend geantwortet, jedoch bemerkte, die Reise müsse unter Beobachtung der entsprechenden Vorkehrungen gemacht werden.

Alle Nachrichten über Garibaldi's Befinden laufen übereinstimmend dahin, daß die Besserung fortscireite.

Briefen aus Spezzia zu Folge beabsichtigt Garibaldi den Winter in Neapel im Neapolitanischen zu zubringen.

griechischen Verber zurückweisen und sich für den Ruf des Vaterlandes bereit halten.

Man schreibt der Patrie aus Neapel vom 28. October: „Prinz v. Equile hat Befehl erhalten, die Vorbereitungen, welche in den königlichen Residenzen zum Empfange Victor Emanuels getroffen werden, zu beschleunigen. Se. Majestät kommt Ende November. In den Parks von Caserta, Capodimonte, Nicola und in dem Walde von Portici werden große Bagden veranstaltet werden. Die Schlosser Capodimonte und Portici sind dem König der Belgier (2), den man gleichfalls erwartet, zur Verfügung gestellt worden.“

Das Turiner Cabinet unterhandelt, einem spanischen Blatte zufolge, augenblicklich mit der portugiesischen Regierung wegen Abtretung einer Insel, um die verhafteten Camorristen — über 4000 — dahin zu deportiren.

Schweden.

In Schweden steigt sich, nach der A. Z., der Unmuth über die königliche Thronrede. Ihr Bakonismus und die diplomatisch reservirte Haltung, welche sie in Betreff der Reform der Repräsentation bewahrt, geben Stoff genug zu mehr oder minder bitteren Anmerkungen. Hauptlich vermisse man bei dieser Angelegenheit eine patriotische Aufforderung an den Priesterstand und die Ritterschaft, in dieser wichtigen Frage hochherzig alle partikularen Interessen bei Seite zu sezen und die Bestrebungen der Regierung energisch zu unterstützen. Was den Adelstand betrifft, so darf nicht ohne Grund angenommen werden, daß die gemäßigt liberale, oder doch den Reformen nicht direct feindliche, Partei in demselben der streng conservativen bei Weitem überlegen ist, und die wichtigen Wahlen für die verschiedenen Auschüsse haben bereits ein entsprechendes Resultat geliefert.

Donau-Fürstenthümer.

In der Moldau macht sich gegenwärtig eine antunionistische Bewegung in auffallender Weise bemerkbar, und kann durch die beruhigenden Versicherungen, welche die Fürst in Handschriften an die moldauischen Führer gegeben, nicht zurückgedrängt werden. Die Wähler in Jassy haben beschlossen, ihren Deputirten den Auftrag zu geben, nicht nach Bukarest zu gehen, und sie haben an sämtliche Wahlbezirke der Moldau die Aufforderung geschickt, in gleichem Sinne vorzugehen.

Aus Bucharest vernimmt man, daß sich Fürst Cusa der Partei der Bojaren, d. h. der Kammermajörität zu nähern bestrebt ist. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Ernennung des Alexander Stephan Catargiu zum Minister der öffentlichen Arbeiten mit provisorischer Beibehaltung des Portefeuilles der Controle, nachdem schon früher ein Glied der Familie Catargiu, Aleko Catargiu, bisheriger Kammer-Präsident, zum Präsidenten des Cassationshofes ernannt worden war.

Serbien.

Aus Belgrad geht der „Temesvarer Bzg.“ eine Proclamation der dortigen unzufriedenen Partei, ein wahres revolutionäres Schriftstück zu. Es wird in diesem Aufrufe an das serbische Volk mit den schonungslosesten Bezeichnungen der Fürst geradezu der Treulosigkeit, des Verrathes und der Willkürherrschaft beinhaltet.

Die Worte seiner, nach Annahme des Fernmans erlassenen Proclamation: „Das Gesetz ist der höchste Wille,“ werden im Eingange des revolutionären Aufrufs verdreht und wird gefragt: „In Serbien ist jetzt der fürstliche Wille das höchste Gesetz.“ Nachdem ein Rückblick noch auf die Landeswochen während der Regierung des Fürsten Milosch gehalten und gegen die persönliche Sicherheit des gegenwärtigen Fürsten von Serbien sogar Drohungen ausgestossen werden, wird derselbe als zur Regenschaft unfähig erklärt und als Motiv unter Anderem auch angeführt, daß die Fürstin eine Magyarin und römisch-katholischen Glaubens sei, die sogar eine katholische Kapelle in ihrem Palaste erhalte.

Russland.

Nach dem „Ezaz“ sind Truppen von der dritten Garde-Division von Petersburg in Warschau angekommen.

Vorigen Sonntag fand in Warschau auf dem Ujazdower Platz (unweit Lazienki und Belvedere) die erste Parade der nun vollständig eingetroffenen vier Garde-Regimenter und 3 Bataillone Garde-Urtillerie statt, welche der Großfürst Konstantin in Begleitung einer großen Suite abhielt. Die Linien-Infanterie-Regimenter und Cavallerie waren ganz ausgeschlossen. Mit der Conscription geht es vorwärts und finden die Gestellungen in der Provinz bereits statt. Es hieß dieser Tage, daß damit innegehalten werden solle, was indeß auf einem Irrthum beruht, der darin seinen Grund haben soll, daß einige Kreisräthe im Augustow-Gouvernement theils die Wahl der Comité-Mitglieder zu der Aushebung ablehnten, heils Gedanken äußerten. Daß die Regierung Ernst damit macht, ergiebt sich auch aus den ausgeschriebenen Brichtungen. Die bessige Regierung hat vor einigen Monaten für das Museum der schönen Künste hier selbst durch den Director desselben, J. v. Karmick, aus der J. P. Weyerschen Gallerie in Köln 42 Gemälde verschiedener Meister aus der alten italienischen, deutschen, niederländischen, spanischen und französischen Schule ankaufen lassen und dafür die Summe von 65,125 Thaler bezahlt.

Griechenland.

La Presse meldet, die Repräsentanten Frankreichs, Englands und Russlands hätten Herrn Bulgaris, Präsidenten der provisorischen Regierung in Griechenland, in Kenntnis zu sezen, daß die drei Schutzmächte die Staatschuld und so lange nach wie vor garantieren würden, als Griechenland sich an die früheren Urräte halten werde.

Die sehr mächtige republicanische Partei in Griechenland will, wie „La France“ einer Correspondenz aus Athen vom 28. v. M. entnimmt, einen Föder-

tivstaat bilden und sucht zu diesem Zwecke in den türkischen Nachbarprovinzen eine Agitation hervorzurufen. Sie hofft einen Aufstand in Macedonien und Epirus hervorzurufen und in solcher Weise alle Rajas bis an die Donau für ihre Sache zu gewinnen. Diese Partei hat zahlreiche Verzweigungen im Auslande und würde, falls die Wahlen jetzt stattfinden, die Majorität für sich haben. Angesichts dieser Situation sucht die provisorische Regierung die Wahlen hinauszuschieben.

Ein Münchener Corresp. der Magdeburger Zeitung schreibt: In regierungsfreundlichen Kreisen hält man die Ansicht fest, daß die drei Schutzmächte die Berechtigung der griechischen Revolution nicht anerkennen werden und daß deshalb das Cabinet eine darauf bezügliche Aufforderung nach London, Paris und Petersburg erlassen werde, um die gekränkten Rechte Königs Otto's, welche 1832 feierlich durch offizielle Acie garantiert worden sind, zu restituieren. Was hieher verlautet, soll den rebellischen Griechen nicht sonderlich günstig sein. Briefen aus Athen an hier Studirende folge ist dort lange nicht die gebobene Stimmung, als man in italienischen Correspondenzen versichert hört, und es ist eine Contrarevolution nicht gar so unwahrscheinlich, denn in den Städten, die sich unter der Regierung Otto's zu heben begannen und deshalb der Kleptenwirtschaft abhold sind, ist man förmlich überrumpelt worden. Politische Flüchtlinge, die aus Smyrna und Süditalien sich eingefunden, hassen die Ordnung der Dinge über den Haufen werfen; etlich ehrgeizige Familien, General Grivas, der undankbare Mann, an der Spitze, wußte mit Hilfe fremden Geldes eine Anzahl von Offizieren der kleinen griechischen Armee durch die Aussicht auf Avancement zu gewinnen. Was man der königlichen Familie etwa zum Vorwurf machen kann, ist der Bau der prächtigen Residenz zu Athen, was aber daran mir bayerischem Gelde bezahlt worden ist, ignoriert man, wie gar vieles, um die Revolution zu rechtfertigen. Das Geschlecht, welches den Kampf gegen den Erbfeind so glorreich geführt, ist dahin gegangen, die jetzigen Griechen leben von dem Nuhme ihrer Väter und suchen damit die eigene Feigheit zu bemächtigen.

Bemerkenswerth ist ein Ausspruch, den Fürst Ypsilanti vor wenigen Wochen in einem Badeorte der Schweiz zu einem Correspondenten der „Augs. Bzg.“ gemacht haben soll. Er soll gesagt haben: „Was wir Griechen an König Otto vor Allem ehren, ist, daß er uns seinen freunden deutschen Ursprung ganz vergessen macht. Er ist ganz zum Griechen geworden, mit Leib und Seele. Auch sonst hat der König den besten Willen. Immer hat er sich mit tactvoller Mäßigung, mit Milde und Leutseligkeit benommen und bei jeder Gelegenheit gezeigt, daß er sein Volk liebt. Wenn desseinen geachtet in Griechenland eine peinliche Missstimmung herrschte, so liegt die Schuld in den überaus schwierigen politischen Verhältnissen, die leider vielmehr sind, als der gute menschliche Wille.“

Amerika.

Der spanisch-amerikanische Conflict, wovon das Telegramm Meldung hat, entstand aus folgendem Vorfall: Das englische Kaufahrteeschiff „Blanche“, das nach der Havannah segelte, wurde von dem nordamerikanischen Kriegsdampfer „Montgomery“ mit scharfen Schüssen verfolgt und lief in der Rhede von Marino (Cuba) auf den Strand. Dort erhielt es einen spanischen Piloten, der, obgleich er die spanische Flagge aufhielt, von dem Amerikaner gefangen genommen und erst nach Verbrennung der „Blanche“ freigeslassen wurde. Die Entrüstung darüber, sagt ein Telegramm aus Havannah vom 15. Oct., ist allgemein.

In Betreff eines Conflicts zwischen dem Capt. Klau des preuß. Schiffes „Essex“ und dem Commandanten von New-Orleans General Butler erfährt man nun, daß der „Essex“ am 9. Oct. von New-Orleans abgesegelt, nachdem er 24 Tage zurückgehalten und die Golds- und Silberwaaren, die er an Bord hatte, schließlich von General Butler mit Gewalt weggenommen worden waren.

Nach Berichten aus New-York vom 25. October ist der Gewinn der demokratischen Partei bei den Wahlen bedeutend. Dem „New-Yorker Herald“ zufolge werden die Staatengouverneure abermals eine Berathung halten, um die Absetzung McClellans und die Durchführung der Confiscationsacte in Erwägung zu ziehen.

Auf einem in Brooklyn von den Demokraten abgehaltenen Meeting wurden Resolutionen angenommen, kraft deren die Demokratie sich verpflichtet, die Union auf ihrer früheren Grundlage wieder herzustellen und die alte Verfassung aufrecht zu halten. Das Meeting verdammt die Willkürmaßregeln gegen die Freiheit des Individuums und der Presse und erklärt die Lincolnische Proclamation als eine prinzipiellwidrig und gleichzeitig unpolitische Maßregel, insosfern durch sie der Norden uneinig, der Süden einig & macht werde.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 10. November.
* Im Theater kommt morgen zum ersten Male Barriere „les fau bonhommes“ in einer polnischen Bearbeitung von D. zur Aufführung.

* Am 4. d. M. verstarb nach der „Lemberger Zeitung“ an einem jähnlichen Blutflusse der in Lemberg in Pension lebende Generalmajor Karl Greshke, Ritter des österreichischen Leopold-Ordens und des Ordens der eisernen Krone. Dem Leichencorso folgte auch ein königl. sächsischer Premierleutnant. General Greshke war ein geborener Stanislauer und hatte vor seiner Ernennung zum General im Jahre 1859 das galizische Infanterie-Regiment Herzog v. Parma Nr. 24 kommandiert.

* Am 6. morgens wurde in Lemberg in den Anlagen des Franz-Josef-Berges der Leichnam eines Mannes gefunden, der die Todesart, allem Antheine nach, freiwillig gewählt hatte. Die Identität der Person des Selbstmörders, der seiner Kleidung nach, der arbeitenden Classe angehört hatte, ist bisher noch nicht festgestellt.

* Graf Zelenński beabsichtigt nach der „A. Z.“ im Vereine mit mehreren Capitalisten in der Nähe des Stationsplatzes Skotwinia eine Zuckersfabrik zu bauen.

* Im Laufe des Monats September d. J. wurden in die zahlreichen Sparlässe von 670 Partien 63,588 fl. 76 kr. eingezahlt und an 814 Partien 117,315 fl. 10 kr. zurückgezahlt. Die Einlagen haben sich daher um 53,746 fl. 34 kr. vermehrt und betragen am 31. October 3,544,951 fl. 92½ kr. darunter 64,488 fl. 14 kr. in kurrenter Rechnung einiger öffentlichen Institute und 14,463 fl. 11½ kr. in kleineren Förderungen und Abgängen. Zur Deckung dieser Einlagen besitzt das Institut 3,901,849 fl. 38 kr. und zwar: in barem Gelde 39,497 fl. 13 kr. in öffentlichen Papieren 694,074 fl. 45 kr. in Pfändern 340,344 fl. in Wechseln 109,655 fl. auf Landhypotheken 1,832,732 fl. 3 kr. und auf städtischen Hypotheken 863,551 fl. 77 kr. — Es zeigt sich, sonach ein Mehr des Aktivstandes in dem Betrage von 356,897 fl. 45½ kr.

* Am 5. October n. St. ist der greise Archimandrit des Klosters Suwawiga in der Bucowina, der hochwürdige Herr Genadie Szacharowitsch gestorben. Das Leben dieses Würdenträgers des gr. ort. Kirche kann, lesen wir in der „Lemberger Zeitung“, mit Recht als ein vielbewegtes bezeichnet werden. Er war Weltpriester, Lektor an der alten Clerikalsschule, dann bischöflicher Kaplan und Wirthschafter, Großenfestenselbst, und endlich Klostervorsteher (Vigumen) und Archimandrit.

Das „Dresdner Journal“ vom 7. d. bringt einen offiziösen Artikel, in welchem die Versicherung wiederholt wird, daß die königlich sächsische Regierung bezüglich des Handelsvertrages keinen Grund habe,

von ihrer Auffassung abzugehen, erinnert aber gleichzeitig daran, daß die Ermächtigung des Landtages das hin laute, den Handelsvertrag nur zu ratificiren, sobald die Annahme von Seiten aller übrigen Zollvereinstaaten gesichert sei. Frankreich steht Österreich am Zollvereinstage noch keineswegs befürwortend gegenüber. Eine Vereinbarung sei möglich. Der Artikel warnt ferner, wichtige materielle Fragen, von deren Entscheidung das Wohl und Wehe von Millionen abhängt, als Hebel zur Erreichung einseitiger Partizipzwecke zu benutzen.

Kassel, 8. November. In heutiger öffentlicher Ständesitzung wurde die Zulassung Braberts, trotz Widerspruchs des Landtagessammelns, einstimmig beschlossen. Delter begründet einen den öffentlichen Rechtszustand Kurhessens, Braun einen die Befestigung des Eisenbahn- und Telegraphennetzes betreffenden Antrag.

Paris, 6. November. Der Herzog von Brabant geht nach Algier. Der gesetzgebende Körper tritt am 15. Januar zusammen.

Paris, 8. Nov. „France“ meldet: Die Türkei hat die Auflösung des Freiwilligencorps in Konica verlangt, indem sie erklärt, das Corps sei ein flagranter Feindseligkeitsact gegen die Türkei.

Paris, 8. November. Die Türkei wird an der griechischen Grenze ein Observationscorps aufstellen. Persien hat gegen Ost-Mohamed, angeblich mit russischer Unterstützung eine Armee gesandt. (Schl. Bzg.)

London, 8. November. Der „Herald“ meldet, Frankreich habe Russland und England die Proposition vorgelegt, den kriegsführenden Amerikanern eine Einstellung der Feindseligkeiten anzuraten. Russland hat eingewilligt.

Turin, 8. November. Den neuesten Nachrichten aus Spezzia zufolge soll Garibaldi beschlossen haben, unverzüglich nach Piisa zu übersiedeln.

Turin, 8. November. Die Regierung hat dem preußischen Gesandten Vorstellungen wegen des Zusammenstoßes am Po-Ufer gemacht.

Copenhagen, 7. November. Bei der heutigen Tafel für die Mitglieder des Reichsraths, sagte der König, den Toast des Landesherrn-Präsidenten erwähnend, daß er hoffe bald seinen ganzen Staat geordnet zu sehen, sollten aber Umstände es erheischen, so bause er darauf, daß sein ganzes Volk sich ihm anschließe. Nach der neuesten Berliner Bzg. sind die Minister unter sich, wie in Übereinstimmung mit dem König vollkommen über die Schritte einig, welche notwendig und zweckmäßig. Die Antwortsschreiben auf die deutschen Noten sind gestern abgegangen. Dem Vernehmen nach eine weitläufige Depesche an Preußen, eine kürzere an Österreich von einem ausführlichen Memorandum begleitet, welches letztere zugleich der preußischen Regierung mitgetheilt wurde.

Athen, 1. Novbr. Die meisten Präfecten und Staatsprocuratoren wurden abgesetzt, mehrere frühere Minister erhielten Pässe in's Ausland, andere Notabilitäten der früheren Regierung wurden verhaftet. Im Militär herrscht Suchtlosigkeit und Desertion. Der Apotheker Kuzkaris wurde zum hiesigen Bürgermeister ernannt. Aus Ersparungsrückständen soll der Senat aufgelöst und viele Militärs pensionirt, die Zahl und der Gehalt der Beamten vermindert werden. In Betreff der Wahlen zur Nationalversammlung wurde entschieden, daß auch nicht zum Königreich gehörige Griechen vertreten sein sollen. Der Bzg. mit Grivas sei beigelegt, derselbe soll zum Ober-Intendanten des griechischen Heeres ernannt sein, die Waffen niederlegen und hieß kommen.

New-York, 28. Oct. Die Generale Price und Pillow mit 70,000 Mann rücken gegen die Schwarzen vor. Das Hauptquartier McClellan's ist in Virginien. Die Konföderaten hatten Winchester geräumt und bereiteten einen Angriff von Memphis vor. 2000 Konföderierte rückten gegen Yorktown vor und räumten Galveston in Texas, welches die Unionisten besetzten. Pleasants mit der Cavallerie und das Corps von Burnside überschritten den Potomac und rückten gegen Winchester vor. In Pennsylvania und Ohio sind demokratische Kandidaten gewählt.

Überlandpost. (Mittelst des Lloyd-dampfers „Erzherzogin Charlotte“ am 7. d. M. in Triest eingetroffen.) Konstantinopel, 1. November. Die Truppen an der griechischen Grenze wurden durch 3000 Mann verstärkt; nach dem Pyramus wurde eine Batterie abgeschickt. Im griechischen Kasin fand bei der Wahl der Deputation nach Athen ein Handgemenge statt. Eine Schaar junger Leute drang in die Wohnung der griechischen Gesandtschaft und zertrümmerte die Bilder der griechischen Majestäten. Die türkische Postbrieftafel in Convent, Münzen 85½ verlangt, 84½ bezahlt. — Gründungs-Obligationen in österr. Währ. 71½ verl., 71 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 in österr. Währ. 82½ verlangt 81½ bezahlt. — Actionen der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 220 verl., 224 bezahlt.

Überlandpost. (Mittelst des Lloyd-dampfers „Erzherzogin Charlotte“ am 7. d. M. in Triest eingetroffen.) Konstantinopel, 1. November. Die Truppen an der griechischen Grenze wurden durch 3000 Mann verstärkt; nach dem Pyramus wurde eine Batterie abgeschickt. Im griechischen Kasin fand bei der Wahl der Deputation nach Athen ein Handgemenge statt. Eine Schaar junger Leute drang in die Wohnung der griechischen Gesandtschaft und zertrümmerte die Bilder der griechischen Majestäten. Die türkische Postbrieftafel in Convent, Münzen 85½ verlangt, 84½ bezahlt. — Gründungs-Obligationen in österr. Währ. 71½ verl., 71 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 in österr. Währ. 82½ verlangt 81½ bezahlt. — Actionen der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 220 verl., 224 bezahlt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Boeckel. Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 9. November.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Peter Gleizer aus Polen; Johann Hubici aus Polen; Alois Drodowski aus Polen; J. Giszicki aus Ossia; Stanislaus Trembecki aus Polen; Wilhelm Hallama, f. l. Kreiscommissär, aus Bzg. Lubinienski nach Dresden; Wladislaus Skrzynski nach Wien; Michael Balzwicki nach Polen.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Bzg. Lubinienski nach Dresden; Wladislaus Skrzynski nach Wien; Michael Balzwicki nach Polen.

Amtsblatt.

N. 5445. Licitations-Ankündigung. (4280. 2-3)

Am 24. November 1862 Früh um 10 Uhr wird in der Amtskanzlei des k. k. Bauamtes zu Broos die öffentliche Minuendo-Versteigerung über die laut Eröffnung des hohen königl. Guberniums vom 12. September 1862 Nr. 20679 von Sr. k. k. apost. Majestät unter 29. August 1. J. Höfzahl 3260 genehmigten Strafenumlegung am Cossesder-Berge in Meile 20³/₈ der Banater Straße abgehalten werden.

Für diese Strafenumlegung wurde veranschlagt:

1. für Erdarbeiten	2249 fl. 41 kr. 6. W.
2. für Grundbau	1572 fl. 29 kr. "
3. für Beschotterung	2681 fl. 68 kr. "
4. für Schleuderpfosten	184 fl. — kr. "
5. für zwei Durchlässe	781 fl. 2 kr. "
zusammen	7458 fl. 49 kr. 6. W.

In dem obbezeichneten Tage und zur festgesetzten Stunde wollen die Baubewerber mit dem 5% Reugelde, welches von dem Ersteller auf 7% des Erreichungsbetrages zu ergänzen sein wird, und mit den gesuchlichen Stempelträgen versehen, in der Amtskanzlei des k. k. Bauamtes zu Broos sich entweder persönlich einsenden, oder schriftliche Offerte der Licitations-Commission portofrei einsenden.

In dem Offerte muß der Vor- und Zuname, der Wohnort und Charakter des Offerenten angegeben, dann der beigleiche Antrag bestimmt und zwar mit Ziffern und Buchstaben, so wie die Erklärung ausgedrückt sein, daß der Offerent alle der Licitations-Verhandlung zu Grunde gelegten Bedingnisse kenne und sich denselben ohne Vorbehalt unterwerfe.

Die mit einem 36 kr. Stempel versehenen Offerte sind entweder mit der Quittung über das bei einer k. k. Kassa erlegte Badium vor der Summe, auf welche der Antrag lautet, zu versetzen, oder diese Summe ist im Baren oder Staatspapieren, letztere nach dem Tagescurse berechnet, anzuschließen.

Die Bauacten und Licitationsbehelfe sind mittlerweile in der Bauamtkanzlei zu Broos während den gewöhnlichen Amtsstunden einzusehen.

Von der k. k. Landes-Bau-Direction.

Hermannstadt, am 18. October 1862.

N. 2774. Edict. (4302. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte in Kenty wird hiermit bekannt gemacht, es sei auf Grund Antragens der Frau Maria Blumenthal in Lemberg zur Befriedigung der zu Gunsten des Friedrich Hisree im Lastenstande der Realität 86—26 al 94 neu zu Kenty aus dem Schuldenschein ddo. 1829 intabulierten und dem hiergerichtlichen Erkenntnis vom 31. December 1856 3. 3817 herrührenden der Frau Marie Blumenthal mittelt im Hauptbuch Band II. 266—267 intabulierten Fassionsurkunde ddo. Biala 1858 abgetretenen Restforderung pr. 1000 fl. EM. oder 1050 fl. ö. W. sammt 5% Interessen hierfür seit 4. October 1855, Gerichtskosten pr. 25 fl. 15 kr., der Schädigungskosten pr. 4 fl. 86 kr., der Executionskosten pr. 19 fl. 90 kr. und Insersionskosten pr. 9 fl. 55 kr. bei dem Umstande, als der zur Veräußerung dieser Realität mit dem hiergerichtlichen Beschluss vom 10. September 1858 3. 732 auf den 20. December 1858 festgesetzte 3. Licationstermin auf vorbehaltliche zu Gericht angenommene Abstehung der Executionsführerin fruchtlos verstrichen ist, die 3. Licationstagfahrt bewilligt und wird zu ihrer Vornahme der Licationstermin auf den 15. November 1862 um 9 Uhr Vormittags mit dem Beifaze ausgeschrieben, daß in Verfolg hiergerichtlichen Beschlusses vom 10. Sept. 1858 3. 732 für den Fall als auch dieser 3. Termin fruchtlos verstrichen, oder der unter dem Schädigungswerte von 15. November 1862 hierorts, oder bei der Direction der k. k. technischen Lehranstalt einzureichen.

Kraków, dnia 30 października 1862.

Gdy miejsce pobytu owszych sukcesorów po s. p. Maryannie z Ciepielowskich Waxmanowej, jakoto: Antoniego Waxmanna, mianowicie tegoż co do miejsca pobytu i życia niewiadomych sukcesorów Jakuba, Felicyanne i Ludwikę Waxmanów, tudzież Józefa Waxmanna mianowicie tegoż sukcesorkę co do miejsca pobytu i życia niewiadomą Józefę z Waxmannów Machnicką i Antoniego Waxmanna z miejsca pobytu i życia niewiadomego i tegoż nieznanych prawonawyców, że uchwała swą sądową z dnia 15 września 1862 do Nr. 16803 egzekucyjną licytacją dóbr Smolice w obwodzie Wadowickim leżących, na prośbę Antoniego Smiałowskiego przeciw Anatolemu Małzewskiemu o zapłaceniu sumy 18,650 zł. z p. n. w dwóch terminach na dzień 13 listopada i 18 grudnia 1862 o godzinie 10 ó. zrana rozpisał.

Gdy miejsce pobytu owszych sukcesorów po s. p. Maryannie Waxmanowej nie jest wiadomo i dla tego im ona uchwała z d. 15 września 1862 l. 16803 do własnych rąk doręczoną być niemoże tedy w celu doręczenia tejże chwali c. k. Sąd krajowy ustania wówczas sukcesorem na ich koszt i niebezpieczeństwo kuratora adwokata Dra Balko z substytucią pana adwok. Dra Koreckiego, kuratorowi owa uchwała z dnia 15 września 1862 do l. 16803 doręcza o tem owszych sukcesorów obecnym edyktem za-wiadomia.

Kraków, dnia 30 października 1862.

N. 28210. Erledigte Assistentenstelle. (4283. 3)

An der k. k. technischen Lehranstalt in Brünn ist die Stelle eines Assistenten bei der Lehkanzlei der Chemie in Erledigung gekommen.

Bewerber um diesen zeitweiligen Dienst, welcher sich auf die Dauer von zwei Jahren erstreckt, und nur in besonderen Fällen auf weitere zwei Jahren verlängert werden kann, und womit eine Besoldung jährlicher Dreihundert fünfzehn (315) Gulden öst. W. verbunden ist, haben ihre dokumentirten Gesuche, worin sie sich über Alter, Vaterland, Religion, und Stand, zurückgelegte Studien, und sprachliche Kenntniß, dann über ihr sittliches und politisches Wohlverhalten ausweisen, bis 15. November 1862 hierorts, oder bei der Direction der k. k. technischen Lehranstalt einzureichen.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 20 października 1862.

N. 7504. Kundmachung. (4308. 2-3)

Im Hinblick auf dieselben Verhandlungen welche wegen Erhöhung einiger directen Steuern im verfassungsmäßigen Wege noch im Zuge sind, hat sich das h. Finanz-Ministerium beim Eintritt des neuen Verwaltungsjahres veranlaßt gesunden mit dem Erlass vom 20. d. M. zu verordnen, daß bis zur erfolgten diesfälligen Schlussfassung die directiven Steuern sammt dem in Folge Allerhöchsten Patenten vom 13. Mai 1859 (R. G. B. ex 1859 XXIV. St. Nr. 88) eingeführten außerordentlichen Zuschläge für das Verm.-Jahr 1863 vorläufig in der Art und in demselben Ausmaße umzulegen und einzuhaben sind, wie dies in Gemäßheit des Allerhöchsten Patenten vom 12. October 1861 (R. G. B. 1861 XLIV. St. Nr. 101) mit dem hohen Erlass vom 17. October 1861 3. 4363/F. M. angeordnet worden ist.

Von dem Erlass des Baudums ist die Executions-Führerin Frau Marie Blumenthal defekt.

Die übrigen Licitationsbedingungen, der Grundbuch-Auszug und der Schädigungssatz der Realität, können in der hiergerichtlichen Registratur in den gewöhnlichen Amtsständen eingesehen werden.

Hievon wird die Executions-Führerin Frau Marie Blumenthal in Lemberg, Kasimir Jędrzejowski'sche Erben zu Handen der Frau Eva Jędrzejowska Kreis-Arzen Witwe als Vermünderin ihrer minderjährigen Kinder in Rzeszów, Frau Filipine Jacobi in Kenty, endlich alle jene Tabulargläubiger denen der Licitations-Bescheid entweder nicht zeitgerecht, oder gar nicht zugesetzt werden konnte, oder welche nach der Ausfertigung des Grundbuchextracts zugewachsen haben sollten zur Wahrung ihrer Rechte ist der bestellte Curator Karl Kudelka verständigt.

Von k. k. Bezirksamt als Gericht.

Kenty, am 11. October 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

N. 351. Concurs. (4274. 1-3)

Bei dem k. k. obersten Gerichtshofe ist eine Accessionsstelle mit dem jährlichen Gehalte von 420 fl. ö. W. und dem Quartiergebe von 105 fl. ö. W. zu besetzen. Bewerber um diese Stelle haben ihre Gesuche mittelst ihrer Vorschriften unter Nachweisung der bisherigen Dienstleistung und der genauen Kenntniß der deutschen, polnischen und tuthenischen Sprache in Wort und Schrift, entlich einer correcten, deutlichen, lesbaren Handschrift längstens bis Ende November 1. J. zu überreichen.

Vom Präsidium des k. k. obersten Gerichtshofes.

Wien, am 30. October 1862.

L. 351. Konkurs.

Przy c. k. Sądzie najwyższym obsadzoną być ma posada akcesisty, połączona z pensją roczną 420 zł. a. i 105 zł. kwarterowego.

Ubiegający się o tę posadę mają wnieść najdalej do końca listopada r. bież. na ręce swych przełożonych dotyczące podania z wykazem dotyczącej swojej służby, dokładnej znajomości języków: niemieckiego, polskiego i ruskiego, tak słownem jak pismem, niemniej poprawnego wyraźnego i czytelnego pisma własnorożecznego.

Z Prezydum c. k. Sądu wyższego.

Wiedeń, dnia 30 października 1862.

N. 20520. Eydkt. (4292. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edykiem sukcesorów koniecznych po s. p. Maryannie z Ciepielowskich Waxmanowej, jakoto: Antoniego Waxmanna, mianowicie tegoż co do miejsca pobytu i życia niewiadomych sukcesorów Jakuba, Felicyanne i Ludwikę Waxmanów, tudzież Józefa Waxmanna mianowicie tegoż sukcesorkę co do miejsca pobytu i życia niewiadomą Józefę z Waxmannów Machnicką i Antoniego Waxmanna z miejsca pobytu i życia nie-

wiadomego i tegoż nieznanych prawonawyców, że uchwała swą sądową z dnia 15 września 1862 do

do Nr. 16803 egzekucyjną licytacją dóbr Smolice w obwodzie Wadowickim leżących, na prośbę Antoniego Smiałowskiego przeciw Anatolemu Małzewskiemu o zapłaceniu sumy 18,650 zł. z p. n.

w dwóch terminach na dzień 13 listopada i 18 grudnia 1862 o godzinie 10 ó. zrana rozpisał.

Przy przyszłym zatem uzupełnieniu armii na

r. 1863 ma być zastosowane owe tutejszym rozporządzeniem z d. 11 października 1860 l. 50561 obwieszczone w dniu 11 października pozostały prawomocne we wszystkich krajach monarchii, także i przy oczekiwaniem uzupełnienia armii na rok 1863.

Równocześnie zezwalają centralne władze na dalsze istnienie zaprowadzonego w ówczas ułatwienia w postanowieniach wydanych w tym względzie dla objaśnienia urzędów.

Przy przyszłym zatem uzupełnieniu armii na rok 1863 ma być zastosowane owe tutejszym rozporządzeniem ministryalnym z dnia 7 października 1860 l. 31235 względem wszystkich do uzupełnienia armii na rok 1861 przyczylonych ułatwień do §. 13, 21, 29 i 34 ustawy dla uzupełnienia armii, dalej do §. 12, 23 i 37 urzędowych objaśnień ustaw dla uzupełnienia armii.

C. k. namiestnictwo podając te najwyższe postanowienia dla oczekiwanej uzupełnienia armii przyzwolone ułatwienia do publicznej wiadomości, równocześnie oznajmia, że losowanie odbędzie się w całym kraju na jednym i tym samym dniu, którego oznaczenie pozostawia sobie c. k. namiestnictwo na później, w miejscowości powiatowych, a co do miast Lwowa i Krakowa w odniesieniu magistratów.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 20 października 1862.

N. 20777. Obwieszczenie. (4293. 2-3)

C. k. Sąd krajowy ogłasza, że rozpisana na dnie 19 grudnia 1862 i 5 lutego 1863 w drodze egzekucji uchwała swą z dnia 7 października

(4288. 3)

Licitations-Ankündigung. (4274. 1-3)

Im Hinblick auf dieselben Verhandlungen welche wegen Erhöhung einiger directen Steuern im verfassungsmäßigen Wege noch im Zuge sind, hat sich das h. Finanz-Ministerium beim Eintritt des neuen Verwaltungsjahres veranlaßt gesunden mit dem Erlass vom 20. d. M.

zu verordnen, daß bis zur erfolgten diesfälligen Schlussfassung die directiven Steuern sammt dem in Folge Allerhöchsten Patenten vom 13. Mai 1859 (R. G. B. ex 1859 XXIV. St. Nr. 88) eingeführten außerordentlichen Zuschläge für das Verm.-Jahr 1863 vorläufig in

der Art und in demselben Ausmaße umzulegen und einzuhaben sind, wie dies in Gemäßheit des Allerhöchsten Patenten vom 12. October 1861 (R. G. B. 1861 XLIV. St. Nr. 101) mit dem hohen Erlass vom 17. October 1861 3. 4363/F. M. angeordnet worden ist.

Von dem Erlass des Baudums ist die Executions-Führerin Frau Marie Blumenthal defekt.

Die übrigen Licitationsbedingungen, der Grundbuch-Auszug und der Schädigungssatz der Realität, können in der hiergerichtlichen Registratur in den gewöhnlichen Amtsständen eingesehen werden.

Kraków, am 25. October 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS."

1862 do l. 1179 licytacya dóbr Woli justowskiej z przyległościami na satysfakcję wierzytelności p. Wojciecha Bandrowskiego w sumie 3150 zł. z przynależościami w skutek odstąpienia tegoż de präs. 3 listopada 1862 l. 20777 przedstawiona niebedzie i takowa odwołana zostaje. Kraków, dnia 3 listopada 1862.

N. 65065. Kundmachung. (4286. 1-3)

Laut Erlasses des h. k. k. Staatsministeriums vom 14. October l. J. 3. 21645—2016 haben Seine k. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 8. October 1862 allergründig zu gestattet geruht, daß die mit der Allerhöchsten Entschließung vom 6. October 1860 genehmigten, mit dem h. o. Erlass vom 11. October 1860 3. 50561 bekannt gegebenen Erleichterungen auch bei der bevorstehenden Heeresergänzung für 1863 in allen Ländern der Monarchie in Wirklichkeit bleiben.

Inglešen genehmigen die Centralstellen den Fortbestand der damals gleichzeitig eingeführten Erleichterungen in den Bestimmungen des Amtsunterrichtes.

Diesem nach hat die mit h. o. Erlass vom 11. October 1860 3. 50561 bekannt gegebene h. Ministerial-Verordnung vom 7. October 1860 3. 31235 in Betreff der für die Heeresergänzung für 1861 zugestandenen Erleichterungen zu den §§. 13, 21, 29 und 34 des Heeresergänzungsgesetzes, dann zu den §§. 12, 28 und 37 des Amtsunterrichtes zum Heeresergänzungsgesetze auch bei der nächsten Heeresergänzung für 1863 in Anwendung zu verbleiben.

Indem die k. k. Statthalterei diese höchsten Orts für die bevorstehende Heeresergänzung gestatteten Erleichterungen zur allgemeinen Kenntniß bringt, wird auch bekannt gegeben, daß die Lösung im ganzen Lande an einem und demselben Tage, dessen nachträgliche Bestimmungen sich die k. k. Statthalterei vorbehält, in den Bezirkssorten, beziehungsweise für die Städte Lemberg und Krakau bei den betreffenden Magistraten stattfinden wird.

Bon der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 20. October 1862.

N. 65065. Obwieszczenie

Według rozporządzenia wysokiego c. k. ministeryum państwa z dnia 14 października b. r. l. 21645—2016, Jego c. k. apostolska Mośc raczy najlaſkawiejszą zezwolić najwyższym postanowien